

DIE GRÜNE LISSABON-AGENDA

„Where do we grow?“



Treffen Grüner Parlamentarier des Europaparlaments und der nationalen Parlamente



28. Februar – 1. März 2005
Luxemburg

Gemeinsame Stellungnahme

Seit dem Gipfel von Lissabon im Jahr 2000 ist es Ziel der „Lissabon-Strategie“, die EU **„zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen - einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“**. Fünfzehn Monate später beschloss der Europäische Rat von Göteborg, die Lissabon-Agenda mit einer Strategie für Nachhaltige Entwicklung zu verbinden und bestätigte die drei sich gegenseitig ergänzenden Säulen der Lissabon-Strategie: Wirtschaft, Soziales und Umwelt.

Wir sind heute tief besorgt, dass sich die Kommission in ihrer Halbzeitbilanz für eine zuerst auf Wachstum, dann auf Beschäftigung und zuletzt auf die Umwelt ausgerichtete Strategie ausgesprochen hat und sich von dem integrierten Ansatz sowie der 2010-Frist verabschiedet hat. In ihrer Mitteilung für den Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates werden ökologische Aspekte nicht einmal mehr im vollen Umfang berücksichtigt.

Es steht außer Frage, dass wir die Ziele Schaffung von Arbeitsplätzen, Innovation und Modernisierung der europäischen Wirtschaft unterstützen, aber wir missbilligen die von der Kommission vorgeschlagenen Instrumente. Für uns ist es entscheidend, dass eine integrierte Strategie entwickelt wird, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele miteinander verbindet, und dass eine Rückkehr zur Wirtschaftspolitik der 80er Jahre ausgeschlossen wird.

Zwar erkennen die Grünen die Tatsache, des stärker gewordenen internationalen Wettbewerbs an, der in der Lissabon-Strategie berücksichtigt werden muss, unterstreichen jedoch gleichzeitig die immense Bedeutung des EU-Binnenmarkts. Mehr als 70 Prozent der wirtschaftlichen Wertschöpfung werden durch den Handel innerhalb der EU generiert.

Darüber hinaus negiert ein ausschließlicher Fokus auf freien Wettbewerb und das womöglich daraus folgende Steuer- und Sozialdumping alle Anstrengungen hin zu Sozial- und Umweltzielen und läuft Gefahr, die soziale Spaltung zu vergrößern. Die Dienstleistungsrichtlinie, insbesondere das Herkunftslandprinzip birgt die Gefahr eines Sozial- und Qualitätsdumpings und widerspricht der grünen Vorstellung von nachhaltigem Wachstum. Daher fordern wir die Europäische Kommission auf, die Dienstleistungsrichtlinie zurück zu ziehen.

Wir müssen die ökologischen, wirtschaftlichen und beschäftigungspolitischen Elemente miteinander verbinden. Hohe Sozial- und Umweltstandards dürfen nicht nur als Kostenfaktor betrachtet werden, sondern müssen vor allem als Mehrwert und infolgedessen als wirtschaftlicher Vorteil gelten.

Unser europäisches Gesellschaftsmodell basiert nicht nur auf Wirtschaft und Beschäftigung, sondern auch auf Werten, Kultur und Lebensqualität. Wirtschaftswachstum ist kein Selbstzweck, sondern Teil eines integrierten Ansatzes, der auf das Wohlergehen und die Lebensqualität der 460 Millionen europäischen BürgerInnen ausgerichtet ist und für eine faire Aufteilung der Ressourcen und des Wohlstands zwischen den auf den beiden Seiten unseres Planeten lebenden Menschen stehen sollte. Daher muss die EU die Implementierung ihrer Biodiversitätsziele wieder beleben und das Natura 2000 Programm als Verpflichtung gegenüber künftigen Generationen nutzen.

Die Rückkehr zu einer Politik, die allein auf quantitatives Wirtschaftswachstum setzt, ist ökologischer Nonsens. Was die EU – und die Welt – brauchen, ist Wachstum in „nicht-materiellen“ Sektoren (Dienstleistungen, Bildung, Kultur usw.), oder Wachstum, das auf hoher Effizienz bzw. erneuerbaren Ressourcen basiert (öffentlicher Nahverkehr, energieeffiziente Fahrzeuge, Ökostrom, umweltfreundliche Chemikalien, ökologischer Landbau), während Sektoren mit intensivem Ressourcenverbrauch (nicht energieeffiziente Gebäude, intensive industrielle Landwirtschaft, Kohlekraftwerke) oder hohem Risiko für Gesundheit und Umwelt (Kernkraftwerke, genetisch veränderte Organismen, Krebs erzeugende Chemikalien usw.), schrumpfen sollten.

Vor dem Hintergrund des Ansatzes „Wachstum zuerst“ der Kommission einerseits und des Kok-Berichts vom November 2004, in dem die EU davor gewarnt wird, die USA nachzuahmen, andererseits, schlagen die in Luxemburg versammelten Grünen Abgeordneten und Europaabgeordneten drei Prioritäten vor: eine offene und wissensbasierte Gesellschaft, soziale Innovation und eine Öko-Effizienz-Revolution.

EINE OFFENE UND WISSENSBASIERTE GESELLSCHAFT

Wir unterstützen die Ziele der Lissabon-Strategie, verstärkt in den Faktor Mensch (Bildung, Berufsausbildung, lebenslanges Lernen) und in Forschung und Entwicklung zu investieren. Die Prioritätensetzung jedoch missbilligen wir. Die Grünen wollen nachhaltige Investitionen und eine offene Gesellschaft mit Beteiligungsrechten für alle Menschen.

Beim Aufbau des europäischen Forschungsraumes muss darauf geachtet werden, dass die europäischen und nationalen Investitionen in Forschung und Entwicklung effektiv eingesetzt werden und dazu beitragen, die Lebensqualität der EU-Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. In

diesem Sinne sollte sich das 7. Forschungsrahmenprogramm für den Zeitraum 2007-2013 hauptsächlich auf die Sozialwissenschaften, die Informationsgesellschaft einschließlich freier und open-source Software, vorbeugende und frei zugänglicher Gesundheitsversorgung, Ökotechnologien und mit nachhaltiger Entwicklung verbundene Aktivitäten wie Ökosysteme, Erneuerbare Energien, Verkehr und Ressourcen sparender Landwirtschaft konzentrieren. Wir bedauern, dass den Atomtechnologien (insbesondere ITER) eine größere Bedeutung beigemessen wird, als der Stärkung Erneuerbarer Energien. Die oben genannten Schwerpunkte müssen auch für die Darlehen der Europäischen Investitionsbank gelten.

Wagniskapital für ökotechnologien sollte durch die Schaffung von konkreten Finanzierungsinstrumenten bereitgestellt werden.

Kleine und Mittlere Unternehmen (KMU) sind ein wesentlicher Teil der europäischen Wirtschaft. Wenn sie ihr Potenzial und know-how im Bereich von Forschung und Entwicklung nutzen wollen, müssen wir das Forschungsrahmenprogramm dergestalt ausrichten, dass die Teilnahme von kleineren Forschungsbereichen vereinfacht wird durch die Zweckbindung der Mittel für KMU und Cluster von kleinen Firmen und Labors.

Offenheit und Toleranz sind die Voraussetzungen dafür, dass eine Gesellschaft talentierte Menschen, die zur technologischen Innovation beitragen würden, gewinnen und auch halten kann. Deshalb müssen die Realitäten und Bedürfnisse der Zivilgesellschaft voll berücksichtigt werden. Durch die aktive Beteiligung der Zivilgesellschaft werden Entwicklung und Austausch innovativer Ideen sowie eine reibungslosere Umsetzung politischer Reformen in besonderem Maße gefördert. Technische und wissenschaftliche Projekte sollten öffentlich debattiert werden und nicht nur Angelegenheit von Experten bleiben.

Wissenschaftliche Erkenntnisse und technische Informationen sollten in alle Bereiche des wirtschaftlichen Handelns einbezogen werden, indem man die Teilhabe an und den Transfer von Wissen fördert und garantiert (Wissensmanagement). Mehr Patente bedeuten nicht immer gleich mehr Innovation. Es muss verhindert werden, dass Innovationen in kleinen und jungen Unternehmen durch einen regelrechten Patentschunzel behindert werden.

Die Investition in Menschen muss nachhaltig sein. Ohne eine umfassende Bildungsstrategie können wir unseren umweltpolitischen Verpflichtungen nicht nachkommen. Daher müssen wir die Lissabon-Strategie durch Erhöhung der Mittel für Bildung, Ausbildung und lebenslanges Lernen stärken. Lebenslanges Lernen ist ein entscheidender Punkt im Kampf gegen soziale Ausgrenzung und für die Erhöhung der Zahl von älteren ArbeitnehmerInnen. Außerdem müssen wir jedem jungen Menschen den Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung und Ausbildung ermöglichen.

Um die besten Wissenschaftler für Europa zu gewinnen, müssen wir administrative Hindernisse weiter abbauen und die internationale und EU-interne Mobilität sowie die gegenseitige Anerkennung von Berufsabschlüssen fördern. Auf der Grundlage der Zusammenarbeit und des Wissenstransfers zwischen Forschungszentren, Universitäten und Unternehmen sollten Kompetenzzentren errichtet werden. Bei jungen Menschen, insbesondere Frauen, muss aktiv für Wissenschaftskarrieren geworben werden.

Wir sollten aber auch die Entwicklung einer tragfähigen Forschungsinfrastruktur und von Projekten in den Ländern des Südens unterstützen, wie auch den brain-drain in ärmeren Ländern verhindern.

SOZIALE INNOVATION & BESCHÄFTIGUNG

Um den Druck auf die solidarisch finanzierten staatlichen Rentensysteme zu verringern, strebt die Lissabon-Strategie eine Erhöhung der EU-Beschäftigungsquote auf 70 Prozent, für Frauen von 60 Prozent und für ältere Arbeitnehmer von 50 Prozent an.

Die Grünen unterstützen das Ziel der Vollbeschäftigung mit qualitativer Arbeit in Europa. Der Kampf gegen Arbeitslosigkeit ist eines der besten Mittel gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Die EU sollte Mindeststandards für die Sozialversicherung schaffen und die Sozialpolitik im Rahmen spezifischer Ziele koordinieren.

Die EU sollte auf die Schaffung eines Rechts auf Einkommen, Altersversorgung und Mindestlohn in den Ländern, die bisher über keine entsprechende Politik verfügen, hinarbeiten. Außerdem muss Ziel der EU sein, einen angemessenen Lebensstandard zu gewährleisten und allen Bürgern die Möglichkeit der Teilhabe an der Gesellschaft zu geben.

Wir erkennen die Notwendigkeit der Generatioengerechtigkeit und von Umverteilungspolitiken zur Aufrechterhaltung der staatlichen Rentensysteme an. Eine durchschnittliche Beschäftigungsquote von 70 Prozent sowie die Gewährleistung des Zugangs zu Bildung und Ausbildung für alle jungen Menschen kann zur Sicherung der Nachhaltigkeit der Rentensysteme beitragen .

Um die Frauenbeschäftigungsquote zu erhöhen, müssen wir die Gründe für die Benachteiligung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt angehen: prekäre Beschäftigungsverhältnisse und mangelnde Versorgung im Alter, Unterschiede in der Entlohnung von Frauen und Männern, die Belastung durch unbezahlte Betreuungsarbeit (Betreuung von Kindern und älteren Menschen) und die unsichtbare Barriere, die Frauen am Aufstieg in höhere Positionen hindert. Die Vereinbarung von Beruf und Familie erfordert – sowohl für Frauen als auch für Männer – soziale Reformen (z.B. Elternzeit), externe Infrastruktur für die Betreuung von Kindern und älteren Menschen und innovative Organisationsstrukturen für Unternehmen.

Gerade in den ländlichen Räumen Europas bestehen erhebliche Innovation- und Beschäftigungspotenziale. Wir wollen auf Grundlage der formulierten Position der EU-Kommission die Politik für ländliche Entwicklung künftig stärker auf die Schaffung von Arbeitsplätzen und nachhaltigeres Wachstum ausrichten. Diese Orientierung ist eng verbunden mit den Zielen der Kohäsionspolitik, die soziale Ausgrenzung und Abwanderung der Bevölkerung verhindern soll.

Insbesondere mit der EU-Agrarreform kann durch die 2. Säule gezielt der Mittelstand in den ländlichen Räumen, welcher die meisten Arbeitsplätze schafft, gefördert werden.

Damit kann ein notwendiger Beitrag für Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit besonders für ländliche Gemeinden, Küstenregionen in äusserster Randlage erbracht werden.

Die Priorität der Grünen liegt auf nachfrageorientierten Politiken und beschäftigungsfreundlichen Steuersystemen. Durch eine ökologische Steuerreform wollen wir die Steuerlast von der Arbeit zu Kapital und Ressourcenverwendung umschichten und die Einführung einer europäischen Mindestkörperschaftssteuer voranbringen. Das Maß der sozialen Absicherung, Mindestlöhne und entsprechende Sicherungen sollten auf höchstmöglichem Niveau harmonisiert werden bei gleichzeitiger Gewährleistung des Zugangs junger und gering qualifizierter Menschen zum Arbeitsmarkt.

DIE ÖKO-EFFIZIENZ-REVOLUTION

Die Grünen wollen die Lissabon-Strategie dahingehend ergänzen, dass die EU in einer Welt mit begrenzten Ressourcen und sensiblem ökologischem Lebensraum bis 2010 zum ressourcen- und energieeffizientesten Wirtschaftsraum wird. Die bestmögliche Nutzung von Energie, Wasser, Stahl, Kupfer, Holz usw. sowie die vorrangige Nutzung erneuerbarer Energien und Rohstoffe sollte als neue Priorität in die EU-Politik aufgenommen werden.

Im Bericht der Kommission zur Umweltpolitik der EU 2004 wird bestätigt, dass eine „Öko-Effizienz-Revolution“ einen Gewinn für Umwelt, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit darstellt. Ressourceneffizienz ist nicht nur eine ökologische Notwendigkeit, sondern bringt wirtschaftlichen Gewinn mit sich. Sie reduziert Produktionskosten, führt zu Innovation, fördert die europäische Wettbewerbsfähigkeit, schafft Arbeitsplätze und verringert unsere Abhängigkeit von nicht nachwachsenden Rohstoffen wie Erdöl. In der europäischen Ökoindustrie sind bereits mehr als 2 Millionen Europäer beschäftigt - sie wächst jährlich um 5% und damit schneller als alle anderen Wirtschaftsektoren. Europa verfügt mit seinen hochqualifizierten Arbeitskräften, einer gut entwickelten Technologieindustrie und einem großen Bedürfnis nach einer sauberen Umwelt über das Potenzial, in hohem Maße von einer Öko-Effizienz-Revolution zu profitieren. Verpasst es diese Chance, werden es andere Regionen an seiner Stelle tun.

Mittels Innovationen, die über die reinen „End-of-pipe“- oder Sanierungskonzepte hinausgehen, wollen wir Pioniermärkte für Ökotechnologien schaffen. Erstens haben unsere hochindustrialisierten Länder die Verpflichtung, umweltfreundliche Technologien für einen Planeten zu entwickeln, dessen Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch dringend entkoppelt werden müssen. Zweitens verschafft sich die EU, wenn sie Marktführer für Ökotechnologien ist, entscheidende Vorteile im internationalen Wettbewerb, was wiederum unserer Wirtschaft zugute kommt.

Eine langfristige Vision zur Bekämpfung des Klimawandels, rechtlich verbindliche Ziele zur Verringerung von Treibhausgasen, ein schneller Umstieg auf erneuerbare Energiequellen und ein schrittweiser Abbau des Einsatzes fossiler Brennstoffe sowie der Subventionen für Atomenergie wird die führende Rolle der EU beim Klimawandel fördern und Arbeitsplätze schaffen, die Europa braucht.

Eine wissens- und technologiebasierte Wirtschaft sollte schnellstmöglich von fossilen Brennstoffen und hohem Energieverbrauch verabschieden. Aber es besteht die Gefahr, dass die Mehrheit der EU-Staaten das Kyoto-Ziel nicht erreichen wird. Wenn wir das Kyoto-Protokoll mit

Leben füllen, uns aktiv um dessen Weiterentwicklung bemühen und Länder wie China und Indien ins Boot holen, wird das auch die weltweite Nachfrage für Ökotechnologien erhöhen.

Ökotechnologien beschränken sich nicht auf die Verwendung erneuerbarer Energien. Sie umfassen auch umweltfreundlichen Verkehr, nachhaltige Landwirtschaft, gesunde Lebensmittel, umweltfreundliches Bauen, energie- und ressourceneffiziente Elektronikzeugnisse, grüne Chemie mit dem Ersatz von Tierversuchen und schädlichen Chemikalien durch Neuentwicklungen und sicherere Alternativstoffe mit dem Ziel, die Verschmutzung von Luft, Wasser, Boden und der Nahrungskette einzudämmen.

Angesichts der hohen staatlichen Ausgaben wollen wir Ökoinnovationen effektiv durch Ökologisierung der öffentlichen Beschaffungspolitik auf nationaler und europäischer Ebene stimulieren. Mittels Direktinvestitionen in nachhaltige Projekte muss die öffentliche Hand Anreize schaffen und private Investoren gewinnen. Auch eine Ökologisierung nationaler Steuerpolitiken durch eine breit angelegte ökologische Steuerreform würde Ökoinnovationen fördern. Umweltschädliche Subventionen müssen abgebaut werden – je früher, desto besser.

Angesichts der Tatsache, dass die EU-Umweltgesetzgebung von den Mitgliedsstaaten am wenigsten berücksichtigt wird, brauchen wir eine schnelle und vollständige Implementierung und Durchsetzung der bestehenden Umweltgesetze. In diesem Sinne müssen in die Lissabon-Strategie auch rechtlich verbindliche Ziele und konkrete nationale Aktionspläne für Ökoinnovationen aufgenommen werden.

Wir Grünen sind überzeugt, dass die Lissabon-Strategie nur erfolgreich werden kann, wenn sie zu einer integrierten Strategie entwickelt wird, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele gleichberechtigt in sich vereint und altmodischer Wirtschaftspolitik den Rücken kehrt.

Die Grünen sind überzeugt, dass die Lissabon-Strategie immer noch ein Erfolg werden kann, wenn die EU und alle ihre Mitgliedstaaten die richtigen politischen Entscheidungen treffen:

- Voraussetzungen für Innovationen sind nachhaltige Investitionen in die Wirtschaft und Menschen sowie der Aufbau einer offenen Gesellschaft mit Beteiligungsrechten für alle;
- der soziale Zusammenhalt und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern müssen verstärkt und in alle politischen Vorschläge auf nationaler und europäischer Ebene integriert werden;
- Die Entwicklung zum ressourcen- und energieeffizientesten Wirtschaftsraum bis 2010 muss für die EU eine politische Priorität werden.

Auf dem Papier bestätigt die Lissabon-Strategie mit ihren drei gleichberechtigten Säulen, was die Grünen schon seit über zehn Jahren fordern: Der Umweltschutz stellt eine Chance für die Wirtschaft, die Beschäftigung und die Gesellschaft als Ganzes dar. Die ökologische Modernisierung ist die Zukunft der Wirtschaft und folglich wäre es ein gewaltiger Fehler, sich in der Praxis erneut

nur auf die wirtschaftliche Säule zu konzentrieren. Ökologie ist die Zukunft der Wirtschaft, die EU muss dabei eine führende Rolle spielen.